A-04-011-2 Frieden braucht Gleichheit: Für die sofortige Anerkennung des Staates Palästina

Antragsteller*in: Mona Fuchs (KV München)

Änderungsantrag zu A-04

Von Zeile 11 bis 16:

Eine gegenseitig anerkannte und verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ist die Grundlage für Frieden, Sicherheit und gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser*innen. Eine Anerkennung eines palästinensischen Staates kann hierzu beitragen, wenn die oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind und die verhandelten Ergebnisse durch die Vereinten Nationen und internationale Partner getragen werden.

Die Anerkennung Palästinas hingegen trägt durch die Schaffung der nötigen Ebenbürtigkeit beider Konfliktparteien zu einer Friedenslösung im Rahmen der Vereinten Nationen bei. Mit diesem Anliegen soll die deutsche Bundesregierung sich Mit diesem Anliegen soll die deutsche Bundesregierung sich unter oben genannten Bedingungen

den rund 20 Staaten anschließen, die seit 2023 beschlossen haben, Palästina als unabhängigen Staat anzuerkennen – darunter Trinidad und Tobago, Bahamas,

weitere Antragsteller*innen

Florian Döllner (KV München); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christian Haas (KV Regensburg-Stadt); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Severin Kistner (KV Starnberg); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); Liam Harrold (KV Hannover); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Ursula Harper (KV München); Michael Joukov (KV Ulm); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Reinhard Gloggengiesser (KV München); Paul Meyer-Dunker (KV Berlin-Lichtenberg); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Stephan Fritsch (KV Nürnberg-Stadt); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Leon Eckert (KV Freising); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.